

SAUBERE ENERGIE FÜR ALLE IN EUROPA: LASST DEN WORTEN ENDLICH TATEN FOLGEN!

Enrico Letta | *Präsident des Jacques Delors Institut*

Thomas Pellerin-Carlin | *Forscher am Jacques Delors Institut*

Jean-Arnold Vinois | *Berater am Jacques Delors Institut*

Vor zwei Jahren, am 25. Februar 2015, stellte sich die Europäische Kommission hinter einen umfassenden Plan für eine Europäische Energieunion, für den sich auch das [Jacques Delors Institut](#) aussprach. Die Europäische Kommission hat wichtige Vorschläge unterbreitet, die entscheidenden Einfluss auf die energiepolitische Zukunft Europas haben werden. Nun ist es an den politischen Entscheidungsträgern, sich auf eine "Rahmenstrategie für die Energieunion" zu einigen, die den Interessen aller europäischen Bürger dient. Dabei musste die Europäische Kommission nicht nur als Regulierungsbehörde und Geldgeber, sondern auch als dynamischer Akteur auftreten, der die Zusammenarbeit mit zukunftsorientierten Unternehmen, NGOs und Volksvertretern sucht, um den Worten endlich Taten folgen zu lassen und unter Beweis zu stellen, dass saubere Energie greifbare Vorteile für alle verheißt.

Düstere Wolken ziehen über Europa auf: Trump, Putin, Erdogan, der Brexit, der Terrorismus, die Jugendarbeitslosigkeit, der Klimawandel, die Luftverschmutzung. Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen und ebenso gewaltig müssen die Anstrengungen sein, sie zu meistern. Die Möglichkeiten sind da.

Das europäische System der Energieversorgung ist derzeit tiefgreifenden Umwälzungen unterworfen. Kohle, Öl und Gas sollen durch die effiziente Nutzung erneuerbarer Energien ersetzt werden: So wird Europa sicherer angesichts der Luftverschmutzung, des Klimawandels, der Uneinigkeit über Russland und des ölfinanzierten islamischen Radikalismus.

Vor zwei Jahren, am 25. Februar 2015, stellte sich die Europäische Kommission hinter einen umfassenden Plan für eine Europäische Energieunion, für den sich auch das [Jacques Delors Institut](#) aussprach. Sie machte eine Reihe konkreter Gesetzesvorschläge, die Teil einer „Rahmenstrategie für die Energieunion“ waren und belastbare Regelungen vorsahen, um allen Menschen in Europa Zugang zu sauberen Energien zu gewähren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind jedoch zusätzliche Bemühungen erforderlich, nicht zuletzt um das gegenseitige Vertrauen zu stärken, auf dem unsere Solidarität gründet. Daher sollte die Europäische Kommission auch als Vermittler zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren auftreten,

um konkrete Projekte auf den Weg zu bringen, von denen die Bürger Europas profitieren, wie es zum Beispiel im Bildungsbereich mit dem Erasmus-Austauschprogramm oder im Energiesektor mit dem [Verbundplan für den baltischen Energiemarkt](#) gelang.

Durch eine verstärkte Zusammenarbeit mit Behörden auf lokaler und nationaler Ebene sollte die Europäische Kommission all jenen Firmen entgegenkommen, die zukunftsorientiert handeln. So sollte der Aufgabenbereich [des Juncker-Plans](#) auch die Konzeption und Unterstützung von Projekten beinhalten, die bis 2020 dafür sorgen, dass auf sämtlichen Autobahnen und in allen europäischen Städten Ladestationen für Elektroautos bereitstehen.

Um solche und andere ähnlich lohnende Projekte anzubahnen, sollte die Europäische Kommission

- im Hinblick auf die Energiewende die Stärken und Schwächen aller Regionen Europas herausarbeiten, um Chancen und Risiken entsprechend abzuwägen. Das ermöglicht zudem, die Vorreiter in einzelnen Bereichen besser zu identifizieren und die Vorteile der Energiewende für die einzelnen Mitgliedsstaaten aufzuzeigen.
- zukunftsorientierte europäische Unternehmen in einem Bündnis für Nachhaltigkeit zusammenbringen.

- die Zusammenarbeit mit Bürgermeister*innen suchen, die mit allen Aspekten der Energiepolitik vertraut sind, da sich in der Lokalpolitik Fragen der Mobilität und der Strom- und Wärmeenergieversorgung nicht voneinander trennen lassen. Der [Konvent der Bürgermeister](#) bietet diesbezüglich eine einzigartige Plattform.

Um für diese Politik einen gesellschaftlichen und politischen Konsens herzustellen, brauchen wir darüber hinaus einen Sozialpakt, der sicherstellt, dass die Energiewende auch wirklich allen Menschen in Europa zugutekommt. Aus diesem Grund muss die Europäische Kommission konkrete Projekte auf den Weg bringen, die

- sich auf die etwaigen Widrigkeiten, die sich aus der Energiewende zwischenzeitlich ergeben können, einstellt und sich um Arbeitnehmer kümmert, denen der Verlust ihres Arbeitsplatzes droht.
- die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und gleichzeitig hochwertige grüne Arbeitsplätze schaffen, beispielsweise im Rahmen eines [Erasmus Pro](#)-Programmes für Lehrlinge.
- der Energiearmut ein Ende machen. Das geht nicht, ohne die Ursachen dieses Problems in den Blick zu nehmen. Dazu zählen die Einkommenssituation, der Energiepreis, die Qualität des Wohnraums, die Mobilität, individuelles Verhalten, Glaubenseinstellungen und gesellschaftliche Normen.
- entschlossen gegen die [Luftverschmutzung vorgehen, an der jedes Jahr 430000 Menschen in der EU sterben](#) und die eine schwere Belastung für die öffentlichen Gesundheitssysteme darstellt.

Zu einem umfassenden Ansatz in der Energiewende gehört auch die außenpolitische Dimension, die trotz unbestreitbarer Erschwernisse großes Potenzial birgt. Die Europäer müssen sich zum Ziel setzen, zum weltweiten Exportchampion für kohlestoffarme Lösungen zu werden. So werden Arbeitsplätze in Europa geschaffen, während den Entwicklungsländern gleichzeitig beim Übergang von der Energieprekarität zum ökologisch nachhaltigen Energiewohlstand geholfen wird. Für die EU heißt das konkret:

- [Die europäischen Inseln müssen zu Pionieren in Sachen Energiewende werden.](#) Malta, Zypern und die äußersten Randgebiete Europas könnten in absehbarer Zukunft ihren gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen decken.

- Europa muss glaubhaft nachweisen, dass es nicht nur ein Spielball der Globalisierungsdynamik ist. Die chinesischen Dumpingpraktiken in der Solarzellenherstellung zerstören tausende Jobs in der europäischen Solarzellenindustrie. Chinesische Firmen übernehmen europäische Übertragungsnetzbetreiber, wie zuletzt in Portugal und Italien zu beobachten war. Die EU muss auf die ihr in der Handelspolitik zur Verfügung stehenden Mittel zurückgreifen - das Spektrum reicht von Sicherheitserwägungen bis zum Wettbewerbsrecht -, um die europäischen Interessen erfolgreich zu verteidigen. Sie muss dafür sorgen, dass diese Übernahmen für europäische Unternehmen und die Zulieferer der Netzbetreiber, die oft genug keinen Zugang zum chinesischen Markt haben, keine Nachteile mit sich bringen. Es wäre ein erster wesentlicher Schritt, ausländische Investitionen und Beteiligungen in strategisch wichtigen Sektoren (wie der Energie, den Medien und der Digitalwirtschaft) zu erfassen und aufzulisten.
- [Wir benötigen eine EU-Afrika-Partnerschaft für die Energiewende](#), die staatliche Stellen genauso miteinbezieht wie zivilgesellschaftliche Akteure. Das Ziel muss sein, 600 Millionen Menschen in Afrika mit sauberer Energie zu versorgen, die bislang überhaupt keinen Stromzugang haben. Diese Partnerschaft ist für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas unabdinglich. Sie bietet zahlreiche wirtschaftliche Chancen und kann dabei zugleich die wirtschaftliche Notlage lindern, die einer der Hauptursachen für Migration ist.

Die Europäische Kommission hat [wichtige Vorschläge](#) unterbreitet, die entscheidenden Einfluss auf die energiepolitische Zukunft Europas haben werden. Die Verhandlungen über die Vorschläge haben begonnen und wir müssen den Entscheidungsträgern beistehen, wenn es darum geht, den Grundstein für eine Europäische Energieunion zu legen, die den Interessen aller europäischen Bürger dient. Will die Europäische Kommission Bestandteil einer umfassenden Lösung sein, sollte sich nicht nur als Regulierungsbehörde und Geldgeber, sondern auch als dynamischer Akteur auftreten, der die Zusammenarbeit mit zukunftsorientierten Unternehmen, NGOs und Volksvertretern sucht, um den Worten endlich Taten folgen zu lassen und der Welt zu beweisen, dass saubere Energie greifbare Vorteile für alle verheißt.

Zu den gleichen Themen...

THE ENERGY TRANSITION THROUGH CROWD-BASED INNOVATION: A CHALLENGE FOR THE EU
Thomas Pellerin-Carlin and Pierre Serkine, *Tribune*, Jacques Delors Institute, September 2016

INNOVATION AT THE HEART OF THE ENERGY UNION
Thomas Pellerin-Carlin, *Synthesis of the Energy Union conference*, Jacques Delors Institute, June 2016

FROM DISTRACTION TO ACTION - TOWARDS A BOLD ENERGY UNION INNOVATION STRATEGY
Thomas Pellerin-Carlin and Pierre Serkine, *Policy Paper No. 167*, Jacques Delors Institute, June 2016

2015 CLIMATE NEGOTIATIONS: SPENDING UP OR SLOWING DOWN THE ENERGY TRANSITION?
Thomas Pellerin-Carlin and Jean-Arnold Vinois, *Policy Paper No. 142*, Jacques Delors Institute, September 2015

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION
Sami Andoura, Jean-Arnold Vinois, *Studies & Reports No. 107*, Jacques Delors Institute, January 2015

Herausgeber: Yves Bertoncini • Die Publikation gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder • Alle Rechte vorbehalten
• Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig • Übersetzung aus dem Französischen : Danilo Scholz •
© Jacques Delors Institute, 2017 •